

Wie beeinflussen unterschiedliche Nachhaltigkeitskonzeptionen in der EUDR und dem Environment Act 2021 die Governance-Praxis des Forest Stewardship Council (FSC) in Deutschland und Großbritannien?

Angesichts fortschreitender globaler Entwaldung gewinnen regulatorische Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger Lieferketten zunehmend an Bedeutung. Mit der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) und dem britischen Environment Act 2021 haben die Europäische Union und das Vereinigte Königreich unterschiedliche Ansätze zur Bekämpfung entwaldungsbedingter Umweltschäden entwickelt.

Die Arbeit untersucht, wie die unterschiedlichen Nachhaltigkeitskonzeptionen der EUDR und des Environment Act 2021 die Governance-Praxis des FSC in Deutschland und Großbritannien beeinflussen.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde eine vergleichende qualitative Inhaltsanalyse der regulatorischen Anforderungen beider Rechtsrahmen sowie der darauf bezogenen Anpassungen des FSC durchgeführt.

Die Analyse zeigt, dass die EUDR ein normativ-transformatorisches Nachhaltigkeitsverständnis mit umfangreichen Anforderungen an Sorgfaltspflichten, Transparenz und Rückverfolgbarkeit verfolgt. Der Environment Act 2021 basiert hingegen auf einem legalitätsorientierten Ansatz, der die Einhaltung nationaler Rechtsvorschriften der Erzeugerländer in den Mittelpunkt stellt. Die unterschiedlichen regulatorischen Leitbilder führen zu spezifischen Anpassungen der FSC-Governance, während die internationalen FSC-Standards weiterhin den zentralen normativen Orientierungsrahmen bilden. Die Arbeit verdeutlicht damit die Wechselwirkungen zwischen staatlicher Regulierung und privater Umweltgovernance.

Schlagworte

EUDR; Environment Act 2021; Forest Stewardship Council (FSC); Nachhaltigkeitsgovernance; Entwaldungsfreie Lieferketten.